
POLITISCHE IDEEN UND IHRE TRÄGER

EINSTIEG

A) Ideologische Auseinandersetzungen am Ende des 20. Jahrhunderts

Die ideologische Auseinandersetzungen am Ende des 20. Jahrhunderts lassen sich exemplarisch an den Konflikten innerhalb und zwischen den Parteien verdeutlichen. Z.B:

Die SP und die Neue Mitte.

Die SVP, national-konservativ, neoliberal oder rechtsextrem?

Die FDP auf dem Weg zu einer progressiven liberalen Partei?

Die CVP, zwischen katholisch-konservativ und christlich-sozial.

Die kleinen Parteien unter Druck.

Der Weg zum besseren Verständnis dieser Spannungen führt über die Auseinandersetzung mit den zentralen Ideologien der letzten 200 Jahre und den wichtigsten politischen Akteuren.

B) Ideologien im Wandel - was wandelt sich?

Das Ende der Ideologien und die Krise der Parteien

In den letzten Jahrzehnten hat eine gesellschaftlicher Wandlungsprozess stattgefunden, welcher für die Parteien und die von ihnen vertretenen Werte von einschneidender Bedeutung war. Die Folgen dieser Veränderungen nährten immer wieder die Vorstellung von der "Krise der Parteien" und dem "Ende der Ideologien". Es ist erstaunlich, dass sich vor allem die Kritik an der Funktionsfähigkeit der Parteien so hartnäckig über eine derart lange Zeit zu halten vermochte. Die Ursachen dafür sind mehrschichtig. Abgesehen davon, dass bereits Unklarheit darüber herrscht, was politische Parteien sind und was für Funktionen sie zu erfüllen haben (vgl. Wiesendahl 1980) und dass je nach vorherrschendem Parteienparadigma eine Analyse der Situation unterschiedlich ausfallen mag (vgl. Ladner 1991), haben sich auch die Defizite der Parteien und die an sie gerichteten Vorwürfe gewandelt. Nur so lässt sich erklären, dass bereits seit den 1960er Jahren von der Krise der Parteien gesprochen wird. Mindestens drei Wellen der Infragestellung der bestehenden Parteien und ihrer Ideologien lassen sich aufführen:

End of Ideology I: Die Entwicklung hin zur Mittelstandsgesellschaft in den 1950er und 1960er Jahren führte zum Glauben, dass die strukturelle Basis der verschiedenen Parteien verschwinden würde. Parteien werden zu Volksparteien und es bestehen kaum mehr inhaltliche Unterschiede.

End of Ideology II (1968): Kritik an den Grundlagen der Wachstumsgesellschaft und vor allem an den bestehenden Ideologien. Neue Formen der Politikbeteiligung werden gesucht, Entstehung der Neuen sozialen Bewegungen.

End of Ideology III: Ende des dualen Weltsystems. Wieder stärker auf der strukturelle Ebene anzusiedeln. Niedergang des Ostblock, Globalisierung. Parteien, respektive die nationalen politischen Systeme stehen gegenüber der Wirtschaft im Abseits.

Eng damit verknüpft sind die Auseinandersetzungen um die Dimensionalität des politischen Raums: Hat das Links-rechts-Spektrum heute überhaupt noch seine Gültigkeit, wurde es durch andere Konfliktdimensionen ergänzt oder gar ersetzt? Auch hier wurde zuerst mit der Vorstellung von einer Mittelstandsgesellschaft die Bedeutung von Links und Rechts in Frage gestellt. Danach folgte mit den 68er Unruhen und dem Aufkommen der neuen Linken eine Wiederbelebung der politischen Polarisierung, welche sich jedoch nicht 100-prozentig auf die klassische Links-rechts-Dimension zurückführen liess. In den 1970er Jahren ist dann namentlich von Inglehart das Konzept des Postmaterialismus eingeführt worden und als "sachorientierte" Variante entstand einige Jahr später der Ökologismus. Eine Weiterführung findet sich zudem im Kommunitarismus. Etzioni (1996): Demokratie darf nicht nur als Verfahren verstanden werden. Es braucht darüber hinaus einen Kernbestand an gemeinsamen Werten ---> der moralische Dialog.

Zur Zeit herrscht Unklarheit darüber, welche ideologischen Werte die Gesellschaft dominieren und in welche Richtung die Entwicklung läuft. Gehaltvolle Kontroversen bestehen sowohl was den nach dem Untergang des Ostblocks als Sieger gefeierten Liberalismus wie auch was die zur Zeit erfolgreiche Sozialdemokratie anbelangt.

Das politische Koordinatensystem im Wandel

Giddens (1994) mit "Beyond Left and Right". Blair und Schröder in England und Deutschland. New Labour, die Neue Mitte, der Dritte Weg sind Stichworte, die darauf hindeuten, dass sich das traditionelle politische Koordinatensystem auf dem Prüfstand befindet

Was heisst Links? (vgl. z. B. Der Grosse Brockhaus). Im parlamentarischen Sprachgebrauch aus den franz. Kammern im ersten Drittel des 19. Jh. übernommen bezeichnete der Begriff ursprünglich (bezogen auf die Sitzordnung vom Präsidenten aus gesehen) die liberale Partei im Gegensatz zur konservativen Partei (Rechte). Seit dem letzten Drittel des 19. Jh. wird die Bezeichnung links vor allem für sozialistische Parteien verwendet. Später umfasste der Begriff alle, die politisch das Moment des Verändern stärker betonen als das Moment des Bewahrens. Links wurde im Verständnis vieler auch gleichgesetzt mit liberal, fortschrittlich, tolerant. Rechts will bewahren, unter anderem auch im Rahmen des Nationalstaates.

Links sein heisst gemäss Lipset et al. (1954: 1135): eine Position einnehmen, welche sich für "social change in the direction of greater equality" ausspricht.

Nach Armingeon (SZ vom 8. Juni 1997) sind die **Ziele** der Sozialdemokratie konstant geblieben, was sich geändert hat, sind die **Mitglieder- und Wählerstruktur** (durch den Niedergang des Industriesektors mit den klassischen Arbeitern und dem Aufstieg der hoch gebildeten Angestelltenschaft ist die ursprüngliche Klientel der Sozialdemokratie verschwunden) sowie die **Mittel** zum Erreichen der Ziele (Ausweitung der Staatsausgaben und alten Instrumente der Staatsinterventionen greifen nicht mehr). Ziel der Sozialdemokratie ist es nach wie vor, die politische und wirtschaftliche Situation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu verbesser-

sern, ohne sie dabei als Sozialfälle zu brandmarken, und dies unabhängig von Konfession, Zivilstand und Geschlecht. Es geht um weniger soziale Ungleichheit - heute wie früher.

Heute ist aber auch die Verknüpfung von „links“ und „Fortschritt nicht“ mehr so eindeutig. Exemplarisch lässt sich die Problematik bei den Grünen zeigen. Die obwohl in vielen Fragen deutlich links einzustufen, sich sehr aber schwer tun mit dem Fortschritt: Wachstum, generelle Mobilität, Gentechnologie. Dieser Konflikt findet sich auch bei der SP: wobei hier noch aus anderen Gründen ein zwiespältiges Verhältnis gegenüber dem Fortschritt bestand und besteht. Fortschritt verbessert einerseits die Arbeitsverhältnisse, Fortschritt bedroht aber immer auch Arbeitsplätze.

Ist das Links-rechts-Schema für die Charakterisierung des heutigen Parteiensystems noch brauchbar?

- Politikwissenschaftliche Studien belegen immer wieder, dass diese Begriffe für die Wählerinnen und Wähler auch heute noch einen Sinn machen. Sie können sich ohne grosse Probleme auf einer Links-rechts-Skala verorten.
- Mit dem Aufkommen der Ökologie-Frage ist vorübergehend der Anteil der Leute angestiegen, welche sich nicht auf einer solchen Skala verorten konnten/wollten, dieser Anteil ist in den letzten Jahren wieder zurückgegangen.
- Links und rechts sind relativ abstrakte Begriffe, die eine Verortung der politischen Parteien ermöglicht.
- Allerdings wechseln die Parlamentarier heute nicht immer häufiger bei bestimmten Fragen die Seiten.

Die Werte und Ziele, die von den beiden Lagern vertreten werden, sind relativ konstant geblieben. Ziel der Sozialdemokratie ist es nach wie vor, die politische und wirtschaftliche Situation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu verbessern, ohne sie dabei als Sozialfälle zu brandmarken, und dies unabhängig von Konfession, Zivilstand und Geschlecht. Es geht um weniger soziale Ungleichheit - heute wie früher. Was heute weniger präsent ist, ist das Utopische, der Glaube an eine sozialistische Gesellschaft. Auf der bürgerliche Seite ist es komplizierter. Der Gang der SVP nach rechts und der Rutsch der CVP ins Zentrum haben die Positionen durcheinandergebracht. Die Tradition wird heute häufiger von der SVP und nicht von der CVP, den ehemaligen Konservativen, angerufen. Die FDP, die Liberalen, suchen nach einer neuen Orientierung, nachdem der Slogan der 1980er Jahre "Mehr Freiheit, weniger Staat" heute von niemandem mehr ernsthaft als realistische Programm mehr wahrgenommen wird.

Die politischen Parteien im Wandel

Geändert hat sich die Mitglieder- und Wählerstruktur der Parteien:

- SP durch den Niedergang des Industriesektors mit den klassischen Arbeitern und dem Aufstieg der hoch gebildeten Angestelltenschaft ist die ursprüngliche Klientel der Sozial-

demokratie verschwunden. Die Arbeiter wurden erfolgreich durch die neuen Mittelschichten ersetzt.

- Ebenfalls grosse Probleme hatte die **SVP** durch das Schwinden des Bauernstandes. Sie vermochte erfolgreich, den traditionellen Teil des Mittelstandes, sowie teilweise die ursprünglichen traditionellen Anhänger der SP für sich zu gewinnen.

Diese Anpassungsleitungen der Parteien sind an sich positiv zu werten. Umstrittener ist die Frage, ob die Parteien überhaupt noch Interessen wahrzunehmen vermögen.

Auch zeichnen sich neue Partnerschaften ab: z. B. Drogenpolitik. Die Grundfrage, die gerechte Verteilung von Ressourcen und Macht, wird aber auch in Zukunft die Gesellschaft spalten. Ein Ende der Konfliktstrukturen ist nicht abzusehen.

Thesen zur Zukunft der Schweizer Parteien

CVP hat ihre historische Funktion erfüllt (Rickenbacher).

Der Untergang des dualen Weltsystems hat vor allem den Freisinn in eine tiefe Krise gestürzt. Neoliberalismus ist out, der dritte Weg bringt Tony Blair und Franz Steinegger zusammen.

Tripolares System, FDP mit 35 Prozent unter neuem Namen.

C) Konzept und Inhalt der Vorlesung

Bereits diese einleitenden Ausführungen machen deutlich, dass politische Ideen immer mit ihren Trägern in Verbindung gebracht werden müssen. Wir interessieren uns also zugleich für die intermediären Organisationen, für "Parteien", "Bewegungen" und "Medien".

Ebenfalls zum intermediären System zu zählen wären neben Parteien, sozialen Bewegungen und Medien die Kirchen, Gewerkschaften und Interessenverbände sowie die Vereine. Während Kirchen und Vereine nicht unbedingt zu den klassischen Interessengebieten der Politikwissenschaften gehören, sind Gewerkschaften und Interessenverbände in erster Linie Interessenvertreter, für die das Verbreiten von Werten und Normen vor allem Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck ist. Natürlich können auch Einzelpersonen Träger von Ideen sein. Sie werden für uns aber nur dann relevant, wenn sie als Teil einer intermediären Organisation in Erscheinung treten.

Bevor wir uns nun den verschiedenen politischen Ideen zuwenden, werfen wir einen Blick auf ihre Träger. Wir betrachten also zuerst die Fahrzeuge und dann die Insassen, die sie transportieren. Im dritte Teil der Vorlesung versuchen wir noch etwas über die Logik des Strassennetzes und die Fahrt zu erfahren.

Zwei getrennte Zweige der traditionellen Politikwissenschaft befassen sich mit Ideologien und politischen Ideen. Es sind dies auf der einen Seite politische Ideengeschichte und Ideologiekri-

tik und auf der anderen Seite die Parteienforschung. In dieser Vorlesung wird - ähnlich wie bei einigen wichtigen neueren Autoren (z.B. Iring Fetscher) versucht, diese beiden Stränge zusammenzubringen. Dabei soll der Nachweis erbracht werden, dass:

- a) wirksame politische Ideen immer soziale Träger brauchen und nur vor konkreten gesellschaftlichen Situationen sinnvoll interpretiert werden können;
- b) dass politische Bewegungen längerfristiger und umfassenderer Orientierungen, Ideen, Programme etc. bedürfen als sog. Interessenorganisationen, die sich auf ein kurzfristiges Partialinteresse ihrer Mitglieder beschränken können.

Inhaltlich beschränken wir uns auf Demokratien westlicher Industrieländer (mit Vertiefungen zur schweiz. Demokratie), beziehen jedoch neben den Parteien auch ausdrücklich die sog. "Neuen sozialen Bewegungen" ein und gehen auch auf die Medien als Träger von Ideen ein.

Die Vorlesung gliedert sich in drei Teile (vgl. Inhaltsverzeichnis):

Teil 1: Träger von politischen Ideen

Teil 2: Politische Ideen

Teil 3: Politische Ideen und ihre Träger im Wandel

D) Grundgebiete und Begriffliches¹

Parteienforschung und Parteientheorie:

Verschiedene Erkenntnisinteressen und Perspektiven:

- Versuch der Erklärung der Funktionen der Parteien (Artikulations-, Aggregations-, Rekrutierungsfunktionen etc.); Herausbildung verschiedener theoretischer Ansätze (Integrationsansatz von Sartori, Lipset, Easton, Almond etc; Konkurrenzparadigma von Schumpeter oder Downs, Transmissionsparadigma von Raschke etc.);
- Erklärung von Strukturbildung und Entscheidungsprozessen im Politiksystem insgesamt durch Interaktionen (Machtbildungs-, Koalitions- und Konfliktprozesse) von Parteien resp. ganzen Parteisystemen. So werden beispielsweise für Zwei- und Vielparteiensysteme unterschiedliche Verhaltensweisen identifiziert (und prognostiziert);
- Einzelne Theorien behandeln Parteien als singulären Akteur (z.B. Downs), andere legen gerade Wert auf deren interne Organisation und Struktur (z.B. Duverger).

Parteientypologie:

¹ Eine ausführliche Literaturliste befindet sich im Anhang.

Vereinfachende Beschreibung und Systematisierung der Vielfalt von Parteien. Geläufige Unterscheidungskriterien (seit Max Weber):

- Relevanz von Prinzipien und Programmen,
- Ideologischer Standort (v.a.: Links-Mitte-Rechts, dann aber auch: klerikal/ weltanschaulich/freigeistig, nationalistisch/separatistisch, materialistisch/postmaterialistisch,
- Interessenausrichtung und Zielbestrebungen (Status quo/Reform/ Revolution),
- Struktur aufgrund ihrer soziologischen Basis (Honoratioren-, Elite-, Massenpartei, Klassen-, Milieu- Weltanschauungspartei, Interessen-, Plattform-, Integrationspartei).

Von der Trennschärfe und vom empirischen Gehalt der Klassifikationskriterien hängt ab, was synchrone Ländervergleiche oder diachronische Entwicklungsstudien an zusätzlichem Erkenntnisgewinn leisten können.

Parteiensoziologie:

Grenzgebiet zwischen Soziologie und Politikwissenschaft, die sich:

- a) mit der Binnenstruktur von Parteien (Organisation, Mitgliederzusammensetzung und -teilnahme, Führungsauslese etc),
- b) mit deren Aussenbeziehungen (zu Verbänden, Behörden) und
- c) mit dem Verhältnis von Parteien und Sozialstruktur (z.B. Funktionen von Parteien in gesellschaftlichen Konflikten, oder Veränderung von Parteien durch wirtschaftlich/sozialen Wandel) befassen.

Politische Ideengeschichte

Meist eine geistesgeschichtliche Aufarbeitung politischer Philosophien; vielfach beschränkt auf werkimmanente Interpretation einzelner Autoren, z.T. dagegen als normativer Fundus gebraucht für Argumente, Denkmodelle oder Sachaussagen innerhalb politischer Theorien und Modelle. Im englischsprachigen Raum wird der Begriff "Political thought" verwendet. Eine zentrale Frage ist, wie weit die Aussagen an den historischen Kontext gebunden sind oder ob sie universelle Gültigkeit haben,

Ideologie und Ideologiekritik

Während sich die politische Philosophie mit den Grundannahmen der der Politik zugrundeliegenden Wertvorstellungen befasst, heben die politischen Ideologien ein programmatisches Bündel von Forderungen in den Vordergrund.

Der Begriff „Ideologie“ taucht erstmals im Umfeld der französischen Revolution bei den sogenannten französischen Ideologen (Condillac und Destutt de Tracy) auf. Er wird in einem philosophisch-unpolitischen Sinne gebraucht. Seine Wendung hin zu einem polemischen Schlag-

wort verdankt er der politischen Publizistik und Napoleon I., der die Philosophen als "Ideologen" brandmarkt. Seitdem als Kampfbegriff in verbal-politischen Auseinandersetzungen z.T. bis heute gebraucht. Von dort übernehmen ihn auch Marx und Engels und geben ihm eine spezifische Bedeutung: Alle Ideengebilde - Religion, Kunst, Wissenschaft - sind Überbauten der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit, die gesamte Geistestätigkeit des Menschen ist damit ideologisch. Der Ideologiebegriff der Sozialdemokraten und des Sozialismus unterscheidet sich dadurch, dass 'Ideologie' auch für die positiv bewertete Theorie oder Bewusstseinsform gebraucht wird.

Daneben bleibt weiterhin der pejorative Ideologiebegriff erhalten. Die Aufklärung hält objektive Wahrheitserkenntnis für möglich, somit wird Ideologie als ein Mangel betrachtet, der sich beheben lässt bzw. lassen soll. Häufig wird hier der Ideologie die 'Wirklichkeit' oder 'Realpolitik' entgegeng gehalten. Auch der Nationalsozialismus bedient sich eines solchen Ideologiebegriffs.

Vor allem die Wissenssoziologie (Karl Mannheim, 1893-1947) trägt dann dazu bei, dass sich der erkenntnistheoretische Ideologiebegriff vermehrt durchsetzen kann: Die "Interessenbezogenheit der Ideengehalte" wird lediglich als Sonderfall der allgemeinen "Seinsgebundenheit des Denkens" gedeutet. Der Mensch als instinktreduziertes Wesen (Arnold Gehlen) ist auf Ideologien als Aussagesysteme angewiesen, sie steuern - wie Normen und Werte - menschliches Verhalten. Ideologiefreies menschliches Verhalten ist damit eigentlich gar nicht möglich.

Die Ideologiekritik befasst sich sodann mit der Entstehung, Verbreitung und Durchsetzung politischer Ideen als Bewusstseinsinhalte in einer Gesellschaft und kontrastiert diese mit religiösen, sozialen und ökonomischen Zusammenhängen. Als Reflexion über den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und Ideen, die wir uns darüber machen, hat Beschäftigung mit Ideologie zumeist einen kritischen Impetus. Wichtige Vertreter: Francis Bacon, Karl Marx, Vilfredo Pareto, Karl Mannheim, Theodor Adorno, Kurt Lenk.

Anhand der Wissenssoziologie wie der Ideologiekritik kann anschaulich gemacht werden, warum das, was gesellschaftlich als "Wahrheit" gilt, stark durch gesellschaftliche Kräfte definiert wird, z.B. bezüglich der "Gleichheit" und "Diskriminierung" von Frauen.

Der Kampf um begriffliche Klarheit: Von „-ismen“ und „-ungen“

-ismus

-ismus, der; -, ismen (Suffix):

1. (ohne Plural) /kennzeichnet in Verbindung mit dem im Basiswort (bes. Name, fremdsprachliches Adjektiv) Genannten eine damit verbundene geistige, kulturelle Richtung, Geisteshaltung o.ä./ Anarchismus, Bürokratismus usw.

2. /kennzeichnet eine Form, Erscheinung die mit dem im Basiswort genannten charakterisiert wird/Infantilismus

hier also: gesellschaftliche Weltbilder: Liberalismus, Konservativismus, Sozialismus usw.

-ungen

-ung/ die ; -en/ das Suffix -ung substantiviert vor allem transitive Verben und bezeichnet die entsprechenden Tätigkeiten, den Vorgang oder das Ergebnis davon.

hier also: gesellschaftliche Entwicklungsstadien und Prozesse: Industrialisierung, Globalisierung, Deregulierung usw.

Erklärende Theorien

Demokratietheorie, Kritische Theorie, Marxismus